

Österreich als Beispiel bei den E-Government Tagen in Laibach (1/2)

34 Kommunal: Europa

Kommunale Wissensbanken als Entwicklungsmotoren im Donauraum

Österreich als Beispiel bei den E-Government Tagen in Laibach

Genau am Europatag, am 9. Mai, fanden die 9. Mittel- und Osteuropäischen E-Government-Tage statt. Nachdem die E-Government Konferenzen in den vergangenen Jahren in Prag stattgefunden hatten, bot diesmal die slowenische Hauptstadt Laibach den Rahmen für diese Tagung mit rund 80 E-Government-Experten aus 15 verschiedenen Staaten von Italien bis Russland und von Holland bis Montenegro.

Nicolaus Drimmel

Ziel dieser von der Österreichischen Computer-Gesellschaft und der WU Wien federführend organisierten und vom Bundeskanzleramt unterstützten Tagung ist die Förderung von Computertechnologie und E-Government in Mittel- und Osteuropa durch

Der Vorbildcharakter der österreichischen E-Government-Landschaft wurde auch durch zahlreiche hochrangige Referenten aus Österreich unterstrichen ...

Gedankenaustausch und eine stärkere Vernetzung der im E-Government handelnden Gruppen in den betreffenden Ländern. Die Teilnehmer der diesjährigen Konferenz unter dem Motto „E-Government in Zeiten wirtschaftlicher Veränderungen“ repräsentierten dabei das breite Spektrum der Anwender und Anbieter, von der Wissenschaft über die Anbieter bis hin zu Regierungsvertretern und Spezialisten der Verwaltung. Die Organisation dieser Veranstaltung lag in den bewährten Händen von Professor Alexander Prosser von der Wirtschaftsuniversität Wien. Der Vorbildcharakter der österreichischen E-Government-Landschaft wurde aber auch durch



OReg. Rat Mag. Nicolaus Drimmel ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund und leitet die Abt. Recht und Internationales

zahlreiche hochrangige Referenten aus Österreich unterstrichen, angeführt vom Präsidentschef des Bundeskanzleramtes, Sekt.-Chef Dr. Manfred Matzka, der die Ziele und den Status der österreichischen E-Government-„Roadmap“ vorstellte. Dabei lobte Matzka das gute Klima der Kooperation im österreichischen E-Government-Bereich, der alle Bereiche der Verwaltung vom Bund bis zu den Gemeinden mit einschließt. Nicht zuletzt diese gute Zusammenarbeit aller Ebenen der Gebietskörperschaften und der Anbieter habe zu dem guten Benchmark Österreichs mit einer führenden Rolle im EU-Vergleich beigetragen. Matzka ging dabei kurz auf einige aktuelle Anwendungen ein, wie die so genannte „Handy-Signatur“, mit der neben der Bürgerkarte künftig ein neuer Nachweis der Identität möglich sein wird, darüber hinaus etwa die elektronische Zustellung oder die Amtssignatur. Mag. Peter Kustor ergänzte diese Ausführungen mit den neuen Möglichkeiten des Identitätsnachweises mit einer qualifizierten elektronischen Signatur per Mobiltelefon. Der Konferenz wurde von offizi-

eller slowenischer Seite ein beachtlich hoher Stellenwert eingeräumt. Am ersten Tag referierte die Staatssekretärin im Ministerium für Öffentliche Verwaltung der Republik Slowenien, Tina Teržan über die E-Government Strategie ihrer Regierung. Dabei betonte sie, dass es einige Anwendungen und Entwicklungen in Österreich gebe, die durchaus beispielhaft für ihr Land sein könnten. Dabei hob sie besonders die „Handy-Signatur“ und die österreichischen Vorbilder für Aktenarchivierung hervor. Die Konferenz wurde damit auch zu einem Motor für weitere fruchtbare Gespräche zwischen den österreichischen und slowenischen Regierungsvertretern.

Massive österreichische „E-Government“-Präsenz

Der Präsident des slowenischen Zentrums für die Entwicklung von E-Government, Blaž Golob, hob ebenfalls die Fülle an österreichischen Beispielen hervor, die sich auch in der Dichte der österreichischen Beiträge bei dieser Konferenz spiegelte. So

Gerade die Gemeinden haben schon in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie die Träger der Konnektivität werden können, indem sie starke E-Government gestützte Netzwerke aufbauen.

referierten Dr. Balthasar (BKA), Dr. Stein und Mag. Wenda (BMI) über Rahmenbedingungen und Datenmodelle zur Ausrollung der Europäischen Bürgerinitiative, wobei auch mit Kritik an den unterschiedlichen Vorgaben der EU-Länder nicht gespart wurde. Mitarbeiterinnen des österreichischen Finanzministeriums stellten ein Beispiel guter

Österreich als Beispiel bei den E-Government Tagen in Laibach (2/2)

Fotos: Peter Irman (©by CeGD)



Blaž Golob, Präsident des slowenischen Zentrums für die Entwicklung von E-Government, hob die Fülle an österreichischen Beispielen hervor, die sich auch in der Dichte der österreichischen Beiträge bei der Konferenz spiegelte.



Fotos: Peter Irman (©by CeGD)

Manfred Matzka, Präsidentschaftschef des BKA ging unter anderem auf die „Handy-Signatur“ ein.

Tina Terzan, Staatssekretärin im Ministerium für Öffentliche Verwaltung der Republik Slowenien, betonte sie, dass es einige Anwendungen und Entwicklungen in Österreich gebe, die durchaus beispielhaft für ihr Land sein könnten. Dabei hob sie besonders die „Handy-Signatur“ und die österreichischen Vorbilder für Aktenarchivierung hervor

Praxis von Knowledge Management in ihrem Ressort vor und neben Vertretern österreichischer IT-Unternehmen waren auch die WU-Wien, die Donau-UNI Krems und die UNI Klagenfurt mit Referaten am Gelingen dieser Veranstaltung beteiligt. Schließlich wurden auch kommunale Bereiche des E-Governments abgedeckt. Der Autor referierte über kommunale Wissensnetzwerke und die Chancen, die sich dafür durch die Donaunetzwerke ergeben.

KommunalNet als Best Practice

Er stellte vorerst das Kommunalnet als kommunales Wissenswerkzeug als gutes Beispiel ei-

ner Vernetzung von Gemeinden dar. Dieses Portal habe in den letzten Jahren durch ein großes Angebot von E-Government Anwendungen nicht nur zur Standardisierung und Vereinfachung von Abläufen geführt. Vielmehr konnten auch so genannte „Insellösungen“ zurückgedrängt werden, und schließlich werde gute kommunale Praxis einem großen Publikum zur Verfügung gestellt. Welche Chancen haben nun solche Netze im Donaunetzwerk, einem Raum, der kommunales Zusammenwirken schon in sich tragen muss, sollten auch die Bürger und vor allem jene der ländlichen Gebiete im Donaunetzwerk in der Strategie ihre Chance erkennen. Die Gemeinden seien eben

Kommunal: Europa

35

nicht nur staatliche Leistungsträger und Verwaltungseinheiten, sondern sie mischten sich neben staatlichen Funktionen auch mitten in die Gesellschaft hinein. Es gebe kaum einen Lebensbereich, der von den Kommunen nicht mitgestaltet werden kann, und somit ist auch in den vier Säulen der Donaunetzwerkstrategie ein kommunaler Ansatz erkennbar.

Die vier Säulen des Kommissionsentwurfes

Die vier Säulen Konnektivität, Umweltschutz, Wohlstand und Stärkung der Donaunetzwerkregion durch institutionelle Kooperation sprechen zu allererst die Gemeinden an. Denn unter diese Überschriften reihen sich Vernetzung, nachhaltige Energiegewinnung, Umweltschutz, Katastrophenschutz, Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der Lebensqualität, sowie „Institution-building“ und Kooperation. Wer, wenn nicht die Gemeinden, sollten hier die Chance ergreifen, damit lokale Standortpolitik sich in den Dienst der Wettbewerbsfähigkeit und der nachhaltigen Entwicklung, vor allem des ländlichen Raumes stellt. Gerade die Gemeinden haben schon in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie die Träger der Konnektivität werden können, indem sie starke Netzwerke aufbauen.

Kommunale Netze als Piloten für die Donaunetzwerkstrategie

Mit dem erfolgreich durchgeführten internationalen kommunalen Wissens-Netzwerk ICNW hat der Gemeindebund schon in den vorangegangenen Jahren bewiesen, dass kommunale Netze beispielgebend für die Stärkung der Gemeinden vor allem im ländlichen Raum sein können. Mit diesen institutionellen Netzen, die auch auf Wissensvermittlung und guter Praxis aufbauen, könnten die Gemeinden zu „Botenstoffen“ und Entwicklungsmotoren einer erfolgreichen sozialen und ökonomischen Entwicklung im Donaunetzwerk beitragen.